



Presseerklärung der Neuen Richtervereinigung vom 01.12.2009

Gewaltenteilung ist kein Selbstzweck

Neue Richtervereinigung gegen Personenidentität bei Verwaltungs- und Justizspitze im Saarland

Zu Sparzwecken, so Peter Müller gegenüber der Süddeutschen Zeitung, habe er als Ministerpräsident auch die Funktion des Justizministers übernommen. Die Neue Richtervereinigung fordert von der Regierung des Saarlandes, diesen Zustand umgehend zu beenden. In Zeiten, in denen Deutschland europaweit immer mehr ins demokratische Aus gerate, weil eine wirkliche Gewaltenteilung nicht vorhanden ist, schreite das Saarland noch weiter zurück in vordemokratische Strukturen.

Gewaltenteilung dient der für einen Rechtsstaat notwendigen gegenseitigen Gewaltenkontrolle, um Machtmissbrauch zu verhindern. Das sei nicht mehr möglich, fürchtet die Neue Richtervereinigung, wenn die Spitze der beiden Staatsgewalten Justiz und Verwaltung personenidentisch ist. Solange es ein Weisungsrecht des Justizministers gegenüber der Staatsanwaltschaft gebe und solange das Justizministerium bestimme, wer in der Justiz tätig sein darf und wer dort befördert wird, könne kaum ernsthaft von einer effektiven Kontrolle der Regierungstätigkeit ausgegangen werden. Dem Rechtsstaat und seiner Akzeptanz in der Bevölkerung sei dies zumindest abträglich, für das Ansehen Deutschlands in einem zunehmend demokratischer werdenden Europa sei dies peinlich.

Dr. Mario Cebulla, Sprecher der Neuen Richtervereinigung: „Wie sich die eine Gewalt in Peter Müller durch die andere Gewalt in Peter Müller effektiv kontrollieren soll, mögen Künstler oder Psychologen erklären. Mit richtig verstandener Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Mit dem Argument, Stellen einsparen zu wollen, könnte Peter Müller konsequent gleich auch die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit auflösen und von den Verwaltungsbehörden und Finanzämtern eine bloße Selbstkontrolle ausüben lassen. Das Saarland bestätigt einmal mehr, wie wichtig der Ausbau einer selbst verwalteten Justiz für den Rechtsstaat und die Demokratie in Deutschland ist.“

Ansprechpartner: Dr. Mario Cebulla

Christine Nordmann

Mitglieder des Bundesvorstandes:

Dr. Mario Cebulla, Sprecher des Vorstandes und Pressesprecher:

(LG Stralsund), Frankendamm 17, 18439 Stralsund, Tel.: 0176 / 61 222 694 oder Tel.: 03831-2050

Christine Nordmann, Sprecherin des Vorstandes: (VG Schleswig), Brockdorff-Rantzau-Str. 13, 24837

Schleswig, Tel.: 04621-861511 (d.)

Jens Heise (SG Berlin), Invalidenstr. 52, 10557 Berlin, Tel.: 030/90165-127 (d.)

Ingrid Meinecke (VG Potsdam), Friedrich-Ebert-Str. 32, 14469 Potsdam, Tel.: 0331/2332-308 (d.)

Thomas Schulte-Kellinghaus (OLG Karlsruhe, Außenstelle Freiburg) Salzstr. 28, 79098 Freiburg

Tel.: 0761/205-3003 (d.)

Dr. Sabine Stuth, (SG Bremen), Am Wall 198, 28195 Bremen, Tel.: 0421/361-4457 (d.)

Doris Walter (AG Marburg), Universitätsstraße 48, 35037 Marburg Tel. 06421/290 389 (d.)

Bundesbüro:

Martina Reeßing

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Tel.: 030/420223-49

Fax: -50

sekretariat@nrv-net.de

Umweltbank Nürnberg

BLZ 760 350 00

Kto.-Nr. 599 000

www.nrv-net.de